

Zivilgesellschaftliches Engagement auch noch als Arbeits(platz-)ersatz? Motive und Hemmnisse müssen geklärt werden, bevor man das Ehrenamt überfordert

Ernst Kistler, Markus Hilpert

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Kistler, Ernst, and Markus Hilpert. 1999. "Zivilgesellschaftliches Engagement auch noch als Arbeits(platz-)ersatz? Motive und Hemmnisse müssen geklärt werden, bevor man das Ehrenamt überfordert." In *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*, edited by Ernst Kistler, Heinz-Herbert Noll, and Eckhard Priller, 265–74. Berlin: Ed. Sigma.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:

Deutsches Urheberrecht

Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:

<https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/>



Zivilgesellschaftliches Engagement auch noch als Arbeits(platz-)ersatz?

Motive und Hemmnisse müssen geklärt werden, bevor man das Ehrenamt überfordert

Ernst Kistler, Markus Hilpert

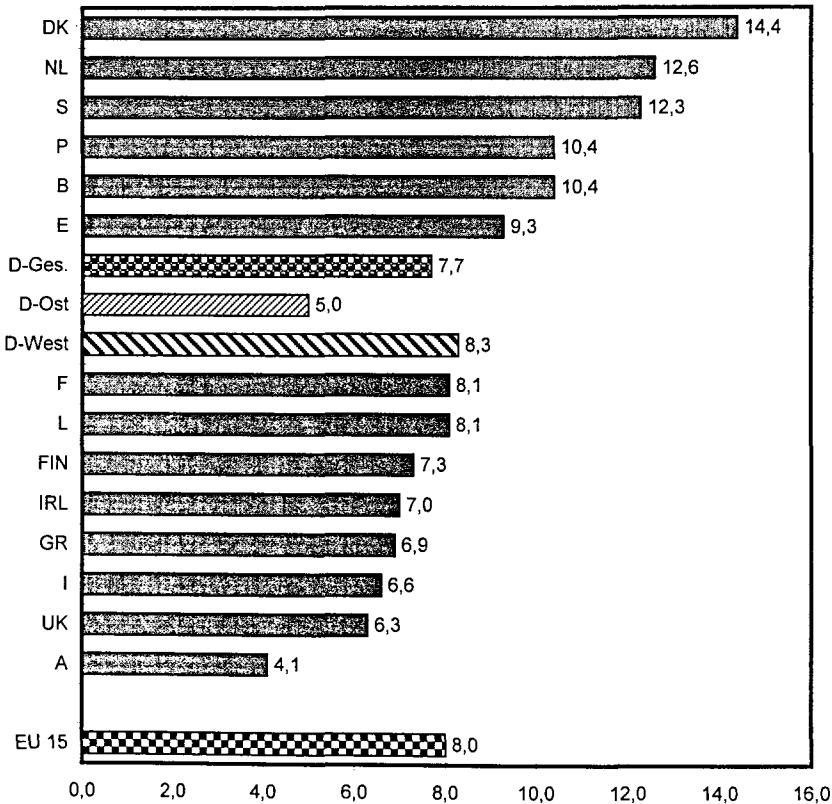
INIFES Stadtbergen

„Gibt es unter den nachstehenden Beschäftigungen solche, die Sie regelmäßig in ihrer Freizeit ausüben?“ wurden im Frühjahr 1997 im Rahmen einer Eurobarometer-Umfrage 15-24jährige in den Mitgliedstaaten der EU gefragt. 8 Prozent der befragten Jugendlichen bejahten die Antwortvorgabe „Hilfe für andere, z.B. unentgeltliche Arbeiten usw.“ außerhalb von Haushalt/Familie regelmäßig auszuüben. In Westdeutschland waren immerhin leicht überdurchschnittliche 8,3% nach eigenen Angaben in dieser Hinsicht engagiert, der ostdeutsche Anteil rangiert mit 5,0% am Ende aller Länder, nur noch in Österreich ergab sich ein niedrigerer Wert. Zwar rangieren die Anteile damit in allen Ländern deutlich hinter Aktivitäten wie „Hilfe im Haushalt“ oder „kleinere Tätigkeiten gegen Entgelt“, aber immerhin: Jeder zwölfte Jugendliche (vgl. Darstellung 1)! In der gleichen Umfrage wurde auch die Frage gestellt, „Für welche der folgenden Tätigkeiten würden Sie sich wahrscheinlich im Fall von Arbeitslosigkeit entscheiden?“ Darstellung 2 enthält die Ergebnisse für die verschiedenen Antwortvorgaben in Ost- und Westdeutschland sowie für den europäischen Durchschnitt. Eine „unentgeltliche Tätigkeit“ für den Fall eigener Arbeitslosigkeit sieht nur eine verschwindende Minderheit der jungen Menschen (in beiden Teilen Deutschlands noch etwas weniger als im EU-Durchschnitt) als Alternative an, weit hinter verschiedenen anderen abgefragten Möglichkeiten.

Derartige Ergebnisse sind natürlich immer unter den Vorbehalten zu betrachten, die methodisch jeglichem Versuch gegenüber angebracht sind, (potentielles) Verhalten mittels Umfragen zu ermitteln; ein Vorgehen, das bei sozial besonders erwünschten wie unerwünschten Verhaltensweisen (und Einstellungen)

Darstellung 1: Hilfe für andere als Freizeittätigkeit europäischer Jugendlicher 1997, Angaben in Prozent

In Prozent



Quelle: Eigene Darstellung nach Eurobarometer 47.2, 1997.

besonders schwierig ist. Diese konkreten Befunde seien an dieser Stelle auch nicht weiter strapaziert – auch nicht hinsichtlich des immer spannenden Länder- bzw. Ost-West-Vergleiches, für den aber in jedem Fall sekundäranalytisch weitere Datenquellen und auch je nationale Vergleichsstudien etc. heranzuziehen wären. Die beiden Darstellungen geben jedoch in zweierlei anderer Hinsicht einen Hinweis auf Probleme, die in der Frage der Meßkonzepte und, genereller, in der Debatte über den Stellenwert unentgeltlicher Tätigkeit Beachtung finden sollten:

- Da ist zum einen die offensichtliche Bedeutung der konkreten, detaillierten Motive (und Potentiale) für unentgeltliche Tätigkeiten zu nennen,

bzw. die Frage nach der Übertragbarkeit verschiedener Ergebnisse zu solchen Motivationen zwischen Bereichen, sozialen Gruppen, Situationen, Zeitpunkten usw.

- Zum anderen – und nicht unabhängig davon – bezieht sich das empirische Beispiel aus Darstellung 2 auf eine Diskussionsschiene, die in den neueren Debatten um das Ehrenamt und die Zivilgesellschaft einen immer größeren Stellenwert erhält, die Frage nämlich, inwieweit solches Engagement eine (subjektiv wie objektiv) sinnvolle Alternative für bezahlte (Erwerbs-)Arbeit sein könnte, für eine Arbeit, die nach vielen Prognosen schier unabweisbar weniger zu werden droht.

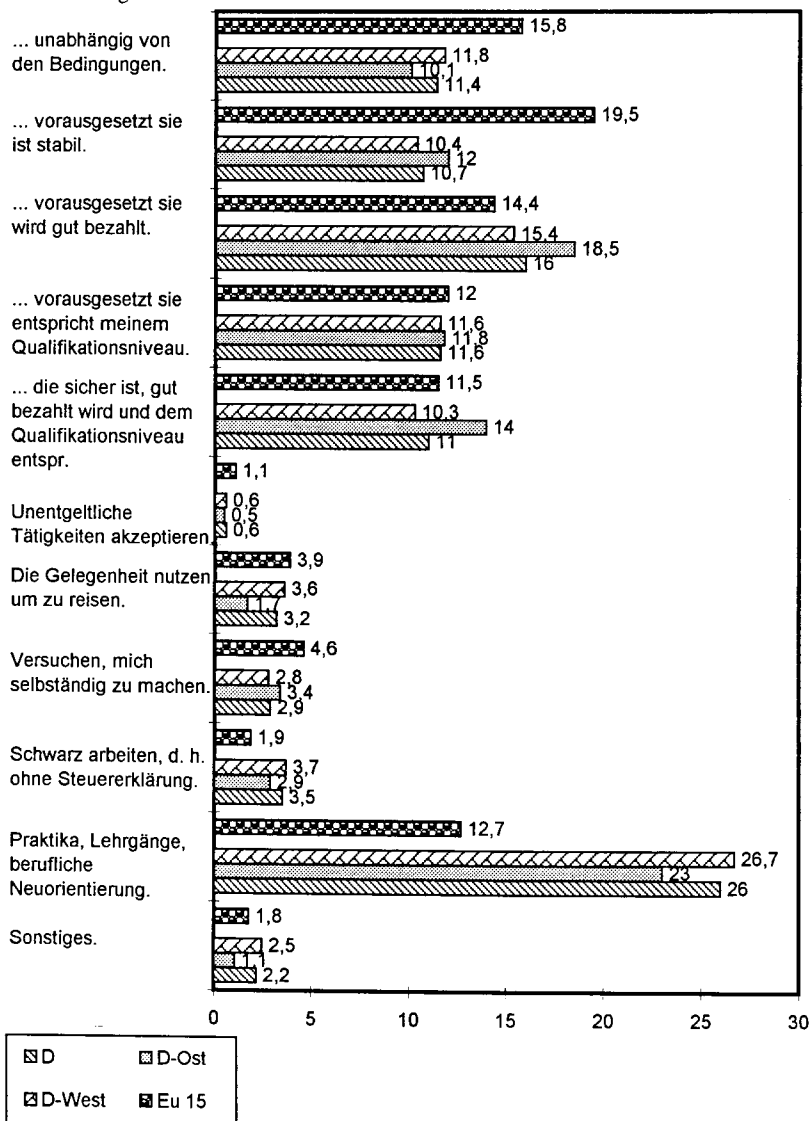
Die Beiträge im vierten Kapitel dieses Buches, die vor allem um diese beiden Aspekte kreisen, zeigen, daß in dieser Hinsicht erhebliche offene Fragen und Forschungsnotwendigkeiten bestehen – ohne deren Klärung jede Förderstrategie des freiwilligen Engagements fragwürdig und gar eine Überforderung zivilgesellschaftlichen Engagements mit zu vielen Erwartungen/Aufgaben vielleicht sogar kontraproduktiv, ja gefährlich sein könnte: Selbst wenn die kursierenden Schätzungen realistisch sein sollten, die da ein erstaunlich großes Potential für so etwas ähnliches wie ein „Volunteering“ auch in Deutschland konstatieren, so muß das noch lange nicht bedeuten, daß dieses in beliebigen Bereichen aktivierbar und hinreichend stabil bzw. belastbar wäre, oder daß es substitutiv für eine gegenwärtig und wohl auch künftig im Vergleich zum Angebot an Erwerbsarbeit viel zu hohe Arbeitsnachfrage wirken könnte, also den Arbeitsmarkt bei Vorhandensein entsprechender Gelegenheitsstrukturen auf breiter Front entlasten könnte.

Vergleicht man die intensiven Debatten um Selbsthilfe, Dritten Sektor und alternative Ökonomie (parallel auch um die Bürgerbeteiligung), die in den siebziger Jahren geführt wurden, mit den heutigen Publikationen zum Thema, so fällt auf, daß hinsichtlich der Frage nach Meßkonzepten kaum Fortschritte erzielt wurden. Nicht nur bei der Frage nach der Zahl der Selbsthilfegruppen und der Zahl und sozialen Rekrutierung der darin Engagierten sind wir weiterhin auf Schätzungen (bzw. deren arg krückerhafte Fortschreibungen) angewiesen.¹

¹ Dabei mag es für die Selbsthilfeforschung, die sich ja vor allem im psychosozialen und Gesundheitsbereich findet, beruhigend sein, daß auch in anderen – scheinbar leichter zugänglichen Feldern der Gesundheitsberichterstattung die Datenlage kaum besser ist. Plastisch formuliert: Warum sollte eine Gesellschaft mehr über die Selbsthilfe Gallenkranker wissen, wenn nicht einmal die Zahl der jährlichen Operationen an der Galle annähernd sicher bekannt ist. Aus einer Reihe anderer und vor allem übergeordneter Gründe kann ein solcher Zustand der Gesundheits- und weitergehend der gesellschaftlichen Berichterstattung aber wohl nicht beruhigen. Die Liste solcher Beispiele ist beliebig verlängerbar.

Darstellung 2: „Für welche der folgenden Tätigkeiten würden Sie sich wahrscheinlich im Fall von Arbeitslosigkeit entscheiden?“

Jede beliebige Arbeit annehmen ...



Quelle: Eigene Darstellung nach Eurobarometer 47.2, 1997.

Auch über die Motive wissen wir zwar aus inzwischen viel mehr Studien mehr Details, aber das Gesamte der Ergebnisse ist leider nicht mehr als die Summe der Teilergebnisse – sondern vielleicht sogar weniger. Wirkliche Metaevaluationen liegen nicht vor; Studien fehlen, die Effektstärken und Zusammenhänge vergleichend auf den Prüfstand nehmen, die Spreu vom Weizen unter den Primärstudien trennen und so nicht nur einen Über- sondern einen Durchblick verschaffen könnten. Immer neue Studien kommen hinzu, die sich bestenfalls noch über zur „Absicherung“ angebrachte Querverweise auf ähnlich strukturierte Befunde in die Forschungslandschaft einordnen – sie vergrößern die Unübersichtlichkeit häufig mehr als sie zu ihrem Abbau beitragen. Für die Umfrageforschung gilt im Prinzip das gleiche, für den Bereich von Feldexperimenten und Modellversuchen ist die Lage kaum besser.

Es herrscht beispielsweise zwar ein breiter Konsens in der Literatur über die Veränderung vom „alten“ zum „neuen“ Ehrenamt, die Motive hätten sich gewandelt vom Altruismus zum auch selbstbezogenen Engagement. Da ist sicher einiges richtig an diesem Befund, nur: Über die alten Motive wissen wir genau genommen schon zu wenig, von den neuen ganz zu schweigen – erklären kann man so wenig. Ob – und wenn ja welchen – Einzelmessungen Indikatorqualität zukommt, ist unklar. Ausmaß und Stabilität von Veränderungen, die Frage ob nur Zyklus oder Trend, gar die Breite dieser Veränderungen sind so jedenfalls nicht ausreichend bestimmbar.

Dieses Problem wird fatal, wenn auf solcher Basis nicht ausreichender Informationen nicht nur wissenschaftliche Beobachtung und Erklärung versucht, sondern massive und weitreichende politische Eingriffe begründet werden.

Natürlich ist es aus der Sicht der Ehrenamts- und Sozialkapitalforschung, aber auch der Praxis, zunächst zu begrüßen, daß (ja sogar wie) Beck mit dem Vorschlag der „Bürgerarbeit“ das Thema über das Gutachten der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission in die politische Debatte hochgezogen hat.² In den siebziger und Anfang der achtziger Jahre, als die einschlägige Forschung letztmals eine thematische Konjunktur hatte, speiste sich die durchaus ansehnliche Debatte aus mehreren Quellen und politischen Bewegungen: Kleinwirtschaftlichkeit, Subsistenzökonomie, Dritter Sektor wurden von Hoffnungen auf eine alternative Ökonomie getragen; Selbsthilfebewegung und Bürgerbeteiligungsthematik hingen eng mit der Kritik an Bürokratie und Staat zusammen und auch die Frauenbewegung/-forschung bestimmten die Reformperspektive erheblich mit. Dennoch blieb die Diskussion weder in der Forschungsagenda in

2 Zu beachten ist auch, daß in der praktischen Politik durchaus Vorsicht bei der Umsetzung solcher Vorstellungen besteht. So gründet die bayerische Staatsregierung ihre diesbezüglichen Umsetzungsversuche wohlweislich auf explizite Modellversuche und belastet sie auch nicht gleich mit Becks unseres Erachtens zusätzlich irrlichterndem Konzept des „Sozialunternehmers“ (Bayerisches Staatsministerium 1998).

der ersten Reihe, noch gar im politischen Raum. Dies könnte jetzt durch die zusätzliche enge Verknüpfung mit dem offensichtlichen Dauerthema „Ende der (Erwerbs-)Arbeit“ (und in ähnlichem Sinne auch angesichts der zwar falschen, aber unzweifelhaft vorhandenen Politikerhoffnungen auf eine haushaltsentlastende Wirkung) anders werden. Als Grundlage eines ziemlich radikalen Umsteuerns in der Sozialpolitik reicht ein auf so viel „Nicht-Wissen“ basierendes Konzept allerdings keinesfalls.

Das theoretisch und methodisch-indikatorenseitig dünne Eis, auf dem sich die Debatten um Ehrenamtlichkeit, Subsistenzwirtschaftlichkeit, Tätigkeits- statt Arbeitsgesellschaft oder Bürgerarbeit bewegen, ist für weitreichende politische Maßnahmen, ja fundamentale gesellschaftliche Änderungen jedenfalls nicht tragfähig genug. Gerade die enge Beziehung von kommunitaristischem Denken und der Diskussionen um Bürgerpflichten gerät sehr schnell zu einem „Arbeitszwang statt Sozialhilfeberechtigung“.³ Daß dahinter ein gesellschaftlicher Anspruch auf die individuelle Zeit steckt, wird allzu unhinterfragt hingenommen. Kann zivilgesellschaftliches Engagement überhaupt und noch dazu in dieser Art Erwerbsarbeit ersetzen? Über die Determinanten des Arbeitsangebotes – materielle Entlohnung, intrinsische Befriedigung und extrinsische Motivierung z.B. durch Statuszuweisung – wissen wir trotz oder vielleicht auch wegen (vgl. exemplarisch die Debatte in Noelle-Neumann/Strümpel 1984) des Dauerthemas „Wertewandel“ in den bürgerlichen Sozialwissenschaften genauso zu wenig, wie sich etwa die Arbeitswissenschaften in der DDR durch ihre unhinterfragte Rezipierung der „Sowjetwissenschaft“ gehörig in ihrer Einschätzung der „sozialistischen Arbeitsmoral“ und ihrer Messung vertan hat (vgl. Kistler/ Strech 1992, S. 159). Im genau umgekehrten Sinne ist es schlicht naiv, einfach anzunehmen:

„In demselben Maß, in dem Bürgerarbeit attraktiv wird (z.B. durch Zeitspenden-Modelle, wie sie in den USA im Zusammenwirken von Unternehmen und Beschäftigten erprobt werden), sinkt die Nachfrage nach Erwerbsarbeit. Denn es entsteht eine öffentliche Nische, in der die Menschen die schönen Seiten eines begrenzten 'Arbeitsdrogenentzugs' erfahren können“ (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 166).

Solch lockerer Umgang mit einem fundamentalen Existenz- und Identitätsproblem von Individuen und Gesellschaft mag dem Edelkommunarden Fritz Teufel angestanden haben, der vor 20 Jahren in seinem Glückwunschtelegramm aus Moabit zur Nullnummer der TAZ von „Lohn- und anderen Drogenabhängigen“ schrieb. Als Grundlage für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Zukunft von Erwerbsarbeit und Zivilgesellschaft ist das zu wenig. Wird mit solchem

3 „Keine Zuwendungen für das Untätigbleiben, sondern Unterstützung für das Tätigbleiben“ (Giarini/Liedtke 1998, S. 242).

Verständnis von Arbeit (Erwerbsarbeit und Alternativen) diskutiert, so reicht zugegeben auch empirisches Nicht-Wissen. Die Gefahr ist aber unübersehbar, daß der, wenn auch sehr begrenzte, so doch in vielerlei Hinsicht attraktive Problemlösungsbeitrag von Zivilgesellschaft und Drittem Sektor in ein Dilemma zwischen Anspruch und Realisierbarkeit gerät.

Ohne genauere Kenntnis darüber, mit welchen Motiven welche zivilgesellschaftlich Engagierten in welchen Bereichen tätig werden, welche Arrangements dazu förderlich sind, welche Hemmnisse und Hindernisse auftreten (können), droht jede Implementierung zu scheitern. Gerade wenn sich die hochgespannten Erwartungen nach einem Lösungsbeitrag zum Problem der Massenarbeitslosigkeit – und die zumindest klammheimliche Hoffnung auf Einsparungen im öffentlichen Bereich – nicht erfüllen, drohen sinnvolle bescheidenere Schritte in Richtung Dritter Sektor diskreditiert und dann gleich mit in Mitleidschaft gezogen zu werden. Ja sogar dann, wenn die entsprechenden Initiativen, Modellversuche etc. in Einzelfällen, in engen Bereichen im Sinne der hohen Erwartungen sich als effektiv erweisen sollten, werden Schwierigkeiten auftreten. Soll einerseits kein zweiter oder dritter Arbeitsmarkt geschaffen werden (vgl. Bayerische Staatskanzlei 1998, S. 7f.), und die vergleichbaren Widerstände der Unternehmen gegen erfolgreiche ABM und Beschäftigungsgesellschaften nehmen zu⁴, so werden entsprechende betriebswirtschaftlich erfolgreiche Beispiele von Bürgerarbeit etc. in „normale“ Betriebe umgewandelt werden.⁵ Gerade in der Verbindung mit der Figur des „Gemeinwohl-Unternehmers“ (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 154ff.), die bei den geplanten bayerischen Modellversuchen übrigens auch nicht vorgesehen ist, stellt sich dann die Frage, ob dies nicht zu einem experimentellen Existenzgründerprogramm mutiert – von den anderen potentiellen Problemen (vgl. Klammer/Bäcker 1998; Senatsverwaltung 1998, S. 173ff.) ganz abgesehen.

All diese Probleme und Fragen stellen sich (um nur die Länderebene anzusprechen) nicht nur im Hinblick auf die nötige Evaluierung von an sich begründenswerten Versuchen der Stärkung zivilgesellschaftlichen Handelns – von der bayerischen „Bürgerarbeit“ über die schon weiter fortgeschrittenen Elemente „Bürgerschaftlichen Engagements“ in Baden-Württemberg (vgl. z.B. Sozialministerium 1998) bis hin zur „Aktion 55“ in Sachsen (vgl. z.B. Hildebrand 1997) – als Aufgabenstellungen dar, für deren Bearbeitung geeignete Daten und Meßkonzepte erst zu erarbeiten sind. Auch, ja noch mehr, auf der allgemeineren Ebene gesellschaftlicher Entwicklung und Berichterstattung sind derartige Defizite in gleichem Zusammenhang feststellbar. So „... muß bezweifelt werden, daß die lineare Fortschreibung gegenwärtig wahrnehmbarer Trends in die unter-

4 Letztendlich ist dies auch aus der Sicht von Erwerbstätigen in den sozialen Dienstleistungsberufen die alte Frage nach einem Verdrängungswettbewerb (vgl. Körber 1997).

5 Dies führt (vgl. Trube 1997, S. 20) zu einem „strukturellen Dilettantismus“.

nehmer-zentrierte Wissensgesellschaft führt, wie dies von der Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen angedeutet wird“ (Hengsbach 1998, S. 128); dies mit all ihren Trends und vorgeschlagenen Maßnahmen. Dabei ist zu beachten, daß Meßprobleme und Datendefizite sich nicht nur auf das Ehrenamt oder den Dritten Sektor beschränken, sondern sich bereits massiv im Bereich der gesellschaftlichen Berichterstattung über die Arbeit stellen (vgl. beispielhaft Kistler, Sing 1998).

Es geht dabei vor allem auch um die Frage nach den Leistungen und der Leistungsfähigkeit von Markt und Staat, vom ersten und zweiten Sektor sowie nun zuletzt um diejenige des Dritten Sektors.

„Im Mikrokosmos des Dritten Sektors bietet sich ... quasi als ein Experimentierfeld für diese Generaldebatte die Chance einer Neubewertung wirtschaftlicher und sozialer Leistungen“ (Trube 1997, S. 22).

Trubes Hinweis, daß in einer anstehenden Neujustierung der Relationen zwischen erstem, zweitem und drittem Sektor „auch die Leistungen ... noch einmal neu zu bewerten sind, wobei sich das Sozialprodukt als Wohlfahrtsmaßstab wohl kaum mehr anbietet“ (ebenda), weist auch darauf hin, daß es nicht damit getan sein kann, nur aktuell und genauer als bisher die Zahl der (tatsächlich und potentiell) ehrenamtlich Tätigen und ihre Inputs zu messen und zu bewerten. Neben deren Motiven und den Hemmnissen ist vor allem auch der individuelle und gesellschaftliche „Output“ von Drittem Sektor, Ehrenamt etc. ins Auge zu fassen. Dies ist insbesondere nötig, will man den Dritten Sektor nicht auch noch in der kaum befriedigenden Art und Weise ideologisch diskutieren und bewerten, wie dies gemeinhin in der Auseinandersetzung um (mehr oder weniger) Markt bzw. (mehr oder weniger) Staat geschieht.

Ehrenamtliche Tätigkeit kann nämlich Leistungen erbringen, die marktförmig nicht oder kaum generierbar sind, wie der nachfolgende Beitrag von *Böhle* und *Kratzer* betont; um dies aber zu erreichen, ist ihr Charakter als besondere Form von Arbeit zu beachten. Sein spezifisches Potential kann das Ehrenamt jedoch nur erbringen – so das Plädoyer von *Mutz/Kühnlein* – wenn adäquate Gelegenheitsstrukturen geschaffen und die entsprechenden Kompetenzen in Richtung einer „Tätigkeitsgesellschaft“ aufgebaut werden. Dies wird als Ziel an sich auch im Beitrag von *Effinger/Pfau-Effinger* nicht in Zweifel gezogen, z.B. seien andere Organisationsstrukturen nötig, um arbeitsteilige Formen der Kooperation zwischen professioneller und freiwilliger Arbeit zu entwickeln; ob aber durch eine Ausweitung des Ehrenamtes gleichzeitig die Arbeitsmarktp Probleme, die Krisenerscheinungen des Wohlfahrtsstaats und die Probleme zivilgesellschaftlichen Zusammenhalts gleichzeitig lösbar seien, wird von ihnen bezweifelt. *Sing* und *Hilpert* warnen in ihrem Beitrag insbesondere vor den unhinterfragten Konsequenzen solcher Vorschläge für die Frauen und weisen

darauf hin, daß die Gefahr einer doppelten Benachteiligung von Frauen aus schwächeren sozialen Gruppen virulent ist. Ihrem Plädoyer für eine Überprüfung der Gruppenspezifität entsprechender Konzepte fügen *Back* und *Endres* eine Auflistung von Beispielen und Fragen an, die herausarbeiten, daß es nicht nur um die Hinterfragung der Leitbilder und Visionen, sondern auch um die Schwächen in der gegenwärtigen Praxis des Ehrenamtes gehen muß.

Scherhorn leitet in seinem Beitrag aus seinen Untersuchungen die Bedeutung der intrinsischen individuellen Motivation für das Engagement im Ehrenamt ab, ein Faktor, der gerade im Vergleich von „altem“ und „neuem“ Ehrenamt eine besondere Rolle spielt. Dies betonen auch die Praktiker-Beiträge in diesem Kapitel, so etwa *Zinner*, wenn er auf die nötige Vielfalt von Angebotsformen des Ehrenamts hinweist und vor Versuchen der Vereinnahmung und Domestizierung warnt. Wie sehr gerade dies einen Drahtseilakt für eine – außer im deutschsprachigen Raum – ansonsten „hochprofessionalisierte“ Organisation darstellt, macht der Beitrag von *Flechner* am Beispiel der Greenpace-Gruppen deutlich. *Reinert* schließlich plädiert im letzten Beitrag dieses Kapitels für einen Methodenmix, für eine methodenplurale Erforschung des Ehrenamtes, um der Vielfalt der individuellen Dispositionen/Motive gegenüber und der Erscheinungsformen von zivilgesellschaftlichem Engagement gerechter zu werden.

Literatur

- Bayerische Staatskanzlei (1998): Bericht aus der Kabinettsitzung, Pressemitteilung Nr. 71. München (hekt. Ms.)
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit (1998): Einladungsschreiben „Modellversuche Bürgerarbeit“. Schreiben vom 23.03. 1998. München
- Giarini, O./Liedtke, P.M. (1998): Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome. Hamburg
- Hengsbach, F. (1998): Arbeit, Produktivität und Solidarität in der modernen Industriegesellschaft. In: Fricke, W. (Hg.): Innovationen in Technik, Wissenschaft und Gesellschaft. Forum Humane Technikgestaltung, Bd. 19. Bonn, S. 113ff.
- Hildebrand, E. (1998): „Aktion 55“ – Ein Beispiel aus Sachsen. In: Krappmann, L./Lepenes, A. (Hg.): Alt und Jung. Spannung und Solidarität zwischen den Generationen. Frankfurt/M., New York 1997, S. 214ff.
- Kistler, E./Sing, D. (1998): Mangelnde Integration von Arbeitsangebot und -nachfrage, Marginalisierung und Humankapitalentwicklung – Oder: Wie kann gestandenen Soziologen so etwas passieren? In: IfS; INIFES; ISF; SOFI (Hg.): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung, Sonderband: Beobachtungsfeld Arbeit. Berlin, S. 129ff.

- Kistler, E./Strech, K.-H. (1992): Die Sonne der Arbeit – Arbeitseinstellungen als Forschungsgegenstand im Transformationsprozeß. In: Jaufmann, D. u.a. (Hg.): Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven. Frankfurt/M., New York, S. 155ff.
- Klammer, U./Bäcker, G. (1998): Niedriglöhne und Bürgerarbeit als Strategieempfehlungen der Bayerisch-Sächsischen Zukunftskommission. In: WSI Mitteilungen, S. 359ff.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Bonn
- Körber, K. (1997): Bedrohen Freiwilligenarbeit, Ehrenamt und Selbsthilfe die professionelle Arbeit? Antworten aus Sicht eines „Netzwerk“-Ehrenamtlichen. In: NAKOS-Extra Nr. 28, Ehrenamt – Freiwilligenarbeit – Selbsthilfe. Berlin, S. 32ff.
- Noelle-Neumann, E./Strümpel, B. (1984): Macht Arbeit krank? Macht Arbeit glücklich? Eine aktuelle Kontroverse. München
- Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen (1998): Die Sackgassen der Zukunftskommission. Streitschrift wider die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen. Berlin
- Sozialministerium Baden-Württemberg (1998): Die Projektlandschaft Bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg. Stuttgart
- Trube, A. (1997): Zukunft der Arbeitsgesellschaft: Der Dritte Sektor als Konkurrenz zum Ersten Arbeitsmarkt. In: Soziale Sicherheit, S. 20ff.